

Claudia Roth  
Rede zur Eröffnung des Grünen Friedenskongresses

Sperrfrist: Redebeginn  
Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe friedensbewegte grüne Freundinnen und Freunde,  
Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Gäste aus dem In- und Ausland,

herzlich Willkommen zu unserem Grünen Friedenskongress.  
Ich freue mich sehr, dass wir mit über 60 Referentinnen und Referenten, in mehr als einem Dutzend Workshops über grüne Friedenspolitik diskutieren werden.  
Grüne bewegen Frieden und kaum ein Thema bewegt uns so sehr, wie die Frage nach der Gestaltung einer friedlichen und gerechten Weltordnung. Wir haben deshalb eine friedens- und sicherheitspolitische Kommission eingesetzt und diesen Kongress organisiert, wo wir uns schwierige Fragen stellen, auf die es keine einfachen Antworten gibt. Damit wollen wir auch programmatische Entscheidungen für die Europa- und Bundestagswahl mit vorbereiten.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
grüne Außenpolitik war, ist und wird immer parteiisch sein.  
Sie ist parteiisch für die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte, die Grundlage unserer Außenpolitik sind.

Grüne Friedenspolitik ist umfassend und rückt die gewaltfreie Beseitigung der vielfältigen Ursachen von Gewalt und Konflikten ins Zentrum der Politik.

Und Grüne Politik ist und bleibt militärkritisch. Wir sind für eine Politik der Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Krieg als Geißel der Menschheit muss geächtet werden. Dafür brauchen wir die VN und das Völkerrecht.

- Wir setzen auf die Verwirklichung von Frieden, Demokratie und eine gerechte Weltwirtschaft, für die die Geltung des Rechts in den internationalen Beziehungen eine unverzichtbare Grundlage ist.
- Wir setzen auf einen kooperativen Multilateralismus und nicht auf das Recht des Stärkeren. Auch im Kampf gegen den Terrorismus darf es keine Erosion des Rechts geben, sonst haben wir schon verloren, was wir verteidigen wollen. Rechtsfreie Räume wie Guantanamo oder Bagram diskreditieren die Demokratie als solche und müssen umgehend geschlossen werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
grüne Friedenspolitik heute lässt sich sicher nicht von rot-grüner Regierungspolitik trennen. Und ausdrücklich bedanken möchte ich mich in diesem Zusammenhang bei der Grünen Jugend, die sich intensiv damit auseinandergesetzt hat.  
Jeder und jede hier im Saal hat bestimmt seine oder ihre eigene ganz persönliche Ansicht dazu. Was haben wir gestritten – über die Einsätze

- in Bosnien,
- im Kosovo,
- in Mazedonien,

- oder gar in Afghanistan.

Wir dürfen dabei für uns in Anspruch nehmen, durch die öffentlich ausgetragenen Richtungsdebatten immer wieder einen Diskurs geführt zu haben und zu führen, der weit über unsere Partei hinausreicht. Ob wir Bündnisgrüne einem Auslandseinsatz zustimmen oder diesen ablehnen – das ist ein wichtiger Gradmesser in der Gesellschaft, und nicht zuletzt auch für die Soldatinnen und Soldaten von Bedeutung. Unsere Stimme wird gehört, weil wir verantwortlich Entscheidungen treffen. Und mit dem Vorschlag der friedenspolitischen Kommission für Kriterien und Prinzipien für Auslandseinsätze, die aber nie Ersatz für konkrete Abwägungen im Einzelfall sein können, führen wir die Debatte weiter.

Es sind wir Grüne, die es geschafft haben, im Bereich der zivilen, nicht-militärischen Konfliktbearbeitung entscheidende konzeptionelle Weiterentwicklungen auch ganz praktisch durchzusetzen.

Diese Erfolge, aber auch das wohl begründete Nein zum Irakkrieg oder das starke europapolitische Engagement gehören eindeutig zur Habenseite grüner Außenpolitik. Gemischt ist die Bilanz bei den Menschenrechten, bei Abrüstung und Rüstungsexporten. Unkritische Exportförderpolitik gerade gegenüber Russland und China aus dem Kanzleramt, gepaart mit Desinteresse an Fragen der Menschenrechte, haben der Glaubwürdigkeit rot-grüner Außenpolitik geschadet.

Strittig bei uns waren und bleiben Entscheidungen wie der Einsatz im Kosovo.

- Grüne Politik stand damals vor einem Dilemma und konnte eigentlich nur zwischen zwei falschen Alternativen wählen.

Solche Dilemmata in der Zukunft zu vermeiden – insbesondere durch eine langfristige Politik der Krisen- und Konfliktprävention – ist eine vordringliche Aufgabe grüner Politik.

Liebe Freundinnen und Freunde,

Seit 1990 haben wir drei große Einschnitte in der Friedens- und Sicherheitspolitik erlebt.

- 1990 endete die bipolare Welt mit dem Zusammenbruch des Warschauer Pakts.
- Der zweite Einschnitt kam mit dem Terroranschlag vom 11. September 2001 und dem Beginn des „War on Terror“.
- Heute sind sowohl die Grenzen amerikanischer Macht als auch die eines unilateralen Vorgehens offenkundig. Der Aufstieg neuer weltpolitischer Akteure wie China, Indien, Südafrika und Brasilien verändern die internationale Politik.

Ziel für die nächsten Jahrzehnte wird es sein, die aufsteigenden Mächte in einen kooperativen Multilateralismus einzubinden, um alte und neue Probleme gemeinsam zu lösen:

- Überwindung von Hunger und Armut
- Kampf gegen Aufrüstung
- internationaler Terrorismus,
- Staatszerfall.
- Gerade der Klimawandel und die Ressourcenkrise stellen uns vor völlig neue Herausforderungen, auch in der Sicherheitspolitik: Entweder es gelingt uns

den globalen Temperaturanstieg auf 2 Grad zu begrenzen, oder es droht ein ungebremster Klimawandel, der Staaten destabilisiert, Menschen massenhaft zu Umweltflüchtlingen macht, Verteilungskonflikte anheizt und so zum Sprengsatz für die internationale Ordnung wird.

Klar ist: Wir werden diese Probleme entweder gemeinsam oder gar nicht bewältigen.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
der Kongress tagt und ich würde euch gern zwei offene Fragen aus der friedenspolitischen Kommission mit in die Arbeitsgruppen geben.

Eine Frage betrifft die Weiterentwicklung des Völkerrechts: Was passiert, wenn in einem Land massivste Verbrechen gegen die Menschlichkeit verübt werden, aber der Sicherheitsrat nicht zu einer Entscheidung kommt, weil ein oder mehrere Staaten blockieren? Dass dies kein unrealistisches Beispiel ist, belegt das systematische Morden im Sudan. Was ist unsere Antwort darauf?

- Nicht eingreifen, weil wir dies ohne ein Mandat des Sicherheitsrats nicht dürfen?
- Oder handeln, ohne zureichende oder eindeutige rechtliche Grundlage?

Dieses Dilemma kann uns künftig wieder einholen. Daher bin ich auf die Debatte um die „Responsibility to Protect“ und die „Fortentwicklung des Völkerrechts“ sehr gespannt.

Die zweite Frage betrifft unser Verhältnis zur NATO. Nur damit mich hier niemand falsch versteht, es geht nicht um die Abschaffung oder den Ausstieg aus der NATO, sondern um die künftige Entwicklung. Es war der amerikanische Verteidigungsminister Rumsfeld, der mit dem Spruch „The mission defines the coalition“ die NATO ins Abseits stellte. Heute ist die weitere Entwicklung des Bündnisses unklar. Wir Grüne sind uns in der überragenden Bedeutung des transatlantischen Verhältnisses einig – genauso wie uns die Forderung eint, dass die NATO endlich die Doktrin des nuklearen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen vom Tisch nehmen muss und die verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Aber darüber hinaus? Der amerikanische Präsidentschaftskandidat John McCain will die NATO zu einem weltweiten Bündnis der Demokratien entwickeln. Davon halte ich gar nichts. Das ist ein Programm für die Spaltung der Welt und schafft neue Blöcke. Aber sollen überhaupt Länder wie Georgien oder Ukraine aufgenommen werden? Und welche Aufgaben soll die NATO noch erhalten? In Bukarest wird über Cyber-war, Ressourcen und Klimaschutz als NATO-Aufgabe diskutiert. Das geht mir viel zu weit. Über diese Punkte wünsche ich mir eine engagierte Debatte, auch und gerade im Vorfeld von 2009, dann nämlich wird die NATO 60 Jahre alt.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
grüne Friedenspolitik war und ist konkret – sie fragt nach den Ursachen von Konflikten und nach konkreten Lösungsmöglichkeiten. Ich möchte Euch einladen und anregen, über fünf mögliche Leitprojekte für grüne Friedenspolitik der kommenden Jahre streitbar zu diskutieren.

Erstens: Widerstand gegen Aufrüstung – Renaissance der Abrüstung

Wir müssen für eine Renaissance der Abrüstung und der Rüstungskontrolle und gegen den aktuellen Kurs der weltweiten Aufrüstung streiten. 1000 Mrd. Dollar wurden 2006 für Rüstung ausgegeben. Damit haben die Rüstungsausgaben einen

neuen Höchststand erreicht. Offizielle Atommächte planen, ihre Arsenale zu modernisieren, statt ihren Abrüstungsverpflichtungen nachzukommen. Andere Staaten, wie Pakistan oder Indien, ziehen nach und haben ihrerseits Atomwaffen entwickelt. Wir sind mitten drin in einem neuen, gefährlichen Rüstungswettlauf. Europa, wie am Beispiel der Raketenabwehr in Polen und Tschechien zu erkennen, droht wieder zum Spielfeld russischer und amerikanischer Machtpolitik zu werden.

Zu dieser gefährlichen Entwicklung wird mir in unserer Republik noch zu laut geschwiegen. Wir sind gefordert, dagegen politisch zu mobilisieren und öffentlichen Protest voranzubringen. Ich gehe davon aus, dass ihr die lila Halstücher und die PACE-Fahne nicht entsorgt habt. Zur Abrüstung gehört auch, eine der zynischsten und brutalsten Waffen schnellstmöglich zu ächten. Ich meine Streumunition. Die Bundesregierung soll aufhören zu blockieren und endlich der Bundeswehr den Einsatz und die Lagerung von Streumunition verbieten.

Zweitens: Ausbau und Stärkung der zivilen Krisenprävention und Krisenreaktion

Ich wünsche mir eine grüne Partei, die genauso leidenschaftlich über zivile Krisenprävention streitet, wie über acht Tornados oder 200 Soldaten. Eine Lehre aus Afghanistan und Kosovo ist doch: Wir stehen mit unseren Konzepten und Möglichkeiten, Staatsaufbau zivil zu unterstützen, erst ganz am Anfang. Zugleich aber wird die Verhinderung von Staatszerfall eine Zukunftsaufgabe sein. Vorbereitet sind wir darauf noch viel zu wenig, trotz unseres „Papstes der zivilen Krisenprävention“, Winni Nachtwei, der als unermüdlicher Kämpfer viel bewegt und erreicht hat. Was wir brauchen sind Strukturen zum Aufbau von Strukturen. Wir haben heute in Deutschland 250.000 Soldaten und können kaum 100 Polizisten nach Afghanistan schicken. Wir leisten uns teure Eurofighter und haben zu wenig Mittel für humanitäre Hilfe. Das Auswärtigen Amt spart die Stelle des Bevollmächtigten für zivile Krisenprävention faktisch ein, aber die Bundeswehr leistet sich immer noch 200 Generäle. Notwendig sind andere Schwerpunkte. Wir brauchen schnell verfügbare zivile Einheiten aus PolizistInnen, Verwaltungsleuten, Staatsanwälten und JuristInnen für eine frühzeitige Unterstützung und Gewaltprävention.

Auch künftig wird es noch VN-mandatierte Auslandseinsätze zur Friedenstabilisierung geben, an denen Deutschland teilnimmt.

Aber klar ist doch: Militär kann Zeit für eine Lösung schaffen, aber nicht selber Konflikte lösen.

Ich finde, es kann nicht sein, dass der Bundestag zwar die Entsendung von Soldaten mandatiert, nicht aber die mindestens genauso wichtige zivile Komponente. Daher sollte künftig zwingend bei jedem Militäreinsatz ein ziviles Konzept im Bundestag mitbeschlossen werden.

Drittens: Ausgestaltung der Zivilmacht Europa

Nationale Souveränität ist teilbar. Konflikte lassen sich durch Verhandlungen lösen. Das sind die Errungenschaften Europas. Zugleich haben wir, weitgehend von der Öffentlichkeit unbemerkt, in den letzten Jahren eine rasante Entwicklung der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik erlebt. Die EU führt eigene Militäreinsätze, hat eine eigene Rüstungsagentur etabliert und bereitet die Einführung eines europäischen diplomatischen Dienstes vor. Einerseits sind die Entwicklungen richtig und es ist begrüßenswert, wenn die EU international im Auftrag der Vereinten Nationen Verantwortung übernimmt. Nur ist nicht jede durch die Vereinten Nationen mandatierte EU-Mission unterstützenswert. Im Tschad beispielsweise sollen europäische Soldaten sudanesischen Flüchtlinge schützen. De

facto stützen sie aber auch einen despotischen Machthaber, der Oppositionelle verschwinden lässt. Daher müssen wir für eine bessere parlamentarische und öffentliche Kontrolle und Mitentscheidung in der europäischen Außenpolitik eintreten.

Und ich trete dafür ein, dass in Europa nicht eine militärische Rüstungsagentur, sondern eine zivile Friedensagentur existiert. Wir wollen, dass Europa zu einer zivilen Friedensmacht wird, die die Vereinten Nationen unterstützt. Ein Europa, das versucht, Interessen außerhalb der Vereinten Nationen militärisch durchzusetzen, lehnen wir ab.

#### Viertens: Stärkung der Vereinten Nationen

Wer jemals am Sitz der Vereinten Nationen in New York war, schämt sich für die knauserigen Nationalstaaten. Zerschlissene Polster, undichte Fenster, Wasserflecken überall – wenn es ein deutsches Schulgebäude wäre, die Bauaufsicht wäre vermutlich längst aktiv geworden. Wir brauchen dringend eine Reform der VN, eine Stärkung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen, damit die Vereinten Nationen ihrer überragenden Bedeutung gerecht werden können. Zu einer Reform gehört auch, Macht zu teilen. Neue Mächte müssen mehr Gewicht bekommen – im Sicherheitsrat, aber auch in anderen internationalen Institutionen wie Weltbank und IWF.

Auch wir Grüne müssen uns von manchen Forderungen verabschieden. Ein dritter Sitz eines europäischen Staates im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist weder der Bedeutung Europas angemessen noch notwendig. Die Forderung trägt nur zur Reformblockade bei. Wir Grüne sollten daher von der Forderung nach einem deutschen Sitz Abstand nehmen und auf eine europäische gemeinsame Vertretung im Sicherheitsrat drängen.

#### Fünftens: Grüne Friedenspolitik muss gendergerecht sein.

Es ist doch einleuchtend: Ein Staatsaufbau, der eine Hälfte der Bevölkerung nicht oder unzureichend berücksichtigt, kann nicht gelingen. Trotzdem spielen Genderfragen in der Friedens- und Sicherheitspolitik nur eine marginale Rolle. Zwar sieht die UN-Resolution 1325 aus dem Jahre 2000 die Beteiligung von Frauen auf allen Ebenen vor, die Realität aber ist eine andere. Genderfragen werden in UN-Sicherheitsratsresolutionen kaum erwähnt oder bleiben bei Friedenseinsätzen praktisch unberücksichtigt. Wir wollen die zügige Umsetzung der Resolution. Dazu gehören sowohl ein deutscher als auch europäischer Aktionsplan. Hier müssen wir Grüne Vorreiter und Pressure-group sein.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das sind Vorschläge für fünf Projekte, die uns gut anstehen, an denen wir arbeiten sollten, um unser friedenspolitisches Profil zu schärfen.

Wir Grüne werden auch künftig auf komplizierte Fragen keine einfachen Antworten geben wie die Linkspartei. Wir werden nicht blinden Wirtschaftsinteressen folgen, wie es die SPD leider zu oft und die FDP nur all zu gerne tut und wir werden auch nicht eine Schönwettermensenrechtspolitik à la Merkel verfolgen. Am Morgen spricht sie mit dem Dalai Lama, am Nachmittag schweigt sie zu Menschenrechtsverletzungen in Saudi-Arabien. Und ausdrücklich warnen möchte ich vor einer vermeintlich neuen wertebasierten Außenpolitik, wie sie in der Unions-Bundestagsfraktion verfolgt wird. Unter dem Deckmantel gemeinsamer Werte und im Schlepptau der Neocons wird eine spalterische und ausgrenzende Politik gegenüber aufsteigenden Mächten wie China betrieben. Das Ergebnis ist eine gefährliche und undifferenzierte Blockbildung: „Wir“ gegen „die Anderen“. Dabei

lassen sich die großen Menschheitsherausforderungen, der Klimawandel und vieles andere mehr, nur miteinander und nicht gegeneinander bewältigen.

Und auch die Auseinandersetzung um die Zukunft Afghanistans, für die wir mit großer Verantwortung streiten, brauchen wir nicht zu scheuen. Wir sind prinzipiell für den VN-mandatierten Einsatz zur Absicherung des zivilen Wiederaufbaus, kritisieren aber die falsche Strategie der Bundesregierung. Die Bundeswehr wird nicht ewig in Afghanistan bleiben können. Um die beständige Eskalationsspirale zu stoppen, braucht es dringend einen Strategiewechsel. Neben einer zivilen Offensive gehört dazu eine prinzipielle Unterstützung von ISAF, die Beendigung von OEF und der Abzug der deutschen Tornados. Und jedem Versuch der großen Koalition, mit Trickereien die Debatte um Afghanistan aus dem Wahlkampf herauszuhalten, erteilen wir eine Absage.

Liebe Freundinnen und Freunde,  
wir haben ein gutes programmatisches Fundament und wir entwickeln es heute und morgen fort. Ich wünsche Euch leidenschaftliche Debatten, fruchtbaren Streit und neue Erkenntnisse. Wir zeigen heute, hier in Berlin:

- Die Friedenspartei in Deutschland –
- das ist: Bündnis 90/Die Grünen.

Herzlichen Dank!